
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 25/3 (1998)

DOI: 10.11588/fr.1998.3.61455

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Die Autorin schildert zutreffend, wie der französische Diplomat die Prinzipien von Völkerrecht, Legitimität und Gleichgewicht bemühte, um das Entscheidungsmonopol der »Großen Vier« in Wien aufzusprengen und den Interessen seines Landes entsprechende politische und territoriale Beschlüsse durchzusetzen. Sie anerkennt Talleyrands diplomatisches Geschick bei der Durchsetzung des französischen Gleichberechtigungsanspruchs, verweist aber zu Recht auf die grundlegende Bedeutung der günstigen äußeren Bedingungen: An der sächsisch-polnischen Frage zerbrach der Konsens der »Großen Allianz«, und Frankreich wurde zum notwendigen Partner Großbritanniens wie Österreichs gegenüber dem Expansionsstreben Rußlands und Preußens. So bedeutsam diese statusrechtliche Aufwertung war, so bedenklich mußte aus französischer Perspektive das konkrete Ergebnis des Territorialstreits anmuten: Preußens Westverlagerung und seine Festsetzung auf dem linken Rheinufer bescherte Frankreich nicht nur einen äußerst feindlich gesinnten Nachbarn, der gewillt war, eine strenge »Wacht am Rhein« zu halten, sondern begründete letztlich auch jenes Einheitsstreben als preußische Staatsraison, das Jahrzehnte später den von Frankreich perhorreszierten deutschen Zentralstaat hervorbrachte. Ambivalent fiel aus französischer Sicht auch die in Wien getroffene Neuordnung Italiens aus: Partiellen Erfolgen, vor allem der Ablösung Murats in Neapel, stand als Grundbedingung italienischer Innen- und Außenpolitik die in Wien verankerte Hegemonie Österreichs gegenüber.

Die Rückkehr Napoleons I. nach Frankreich im März 1815 machte indes selbst die bis dahin in Wien errungenen beachtlichen Teilerfolge Frankreichs zur Makulatur: Die kampflose Flucht Ludwigs XVIII. und Napoleons »Hundert Tage« erschütterten nicht nur das Vertrauen der Siegermächte in die Restauration, sondern provozierten auch ihr Mißtrauen gegenüber der französischen Nation. Hiervon zeugte der Zweite Pariser Frieden, dessen territoriale und finanzielle Bestimmungen Frankreich einmalig abstrafte, während die Festsetzung einer mehrjährigen Besatzung trotz ihrer zeitlichen Begrenzung Ausdruck eines dauerhaften Mißtrauens war. Das verkennt die Autorin, wenn sie in einem abschließenden Ausblick Frankreichs rasche Wiederezulassung zur Pentarchie auf dem Kongreß von Aachen 1818 hervorhebt. Über Aachen hinaus, ja die gesamte erste Hälfte des 19. Jh. galt das Land der »Großen Revolution« den übrigen europäischen Großmächten aufgrund seiner innenpolitischen Instabilität – welche die Autorin völlig ignoriert – als latenter Revolutionsherd und Ausgangspunkt neuer kriegerischer Verwicklungen. Insofern markiert der Wiener Kongreß keineswegs den »abschließende[n] Höhepunkt des langen Weges, den Frankreich zurückgelegt hatte, seit es mit der Revolution aus dem Kreis der europäischen Monarchien herausgetreten war« (S. 338), sondern lediglich eine Etappe.

Alles in allem gibt Alexandra von Ilseman eine Schilderung des Wiener Kongresses, deren Detailliertheit anerkennenswert ist. Indes wirkt sie stellenweise befremdlich positivistisch und unnötig aufgebläht: So stehen die ausführlichen Schilderungen von innen- und außenpolitischen Vorgängen letztlich unverbunden nebeneinander. Überdies ist von jenem »neuen Forschungsansatz«, den der Klappentext verheißt, nicht viel zu spüren: Die Autorin folgt einem konventionellen ereignisgeschichtlichen Schema, das zwar im Einzelfall manches Interessante bietet, doch im Ergebnis über Bekanntes nicht hinauskommt.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Christian CALMES, Danielle BOSSAERT, Histoire du Grand-Duché de Luxembourg. De 1815 à nos jours, Luxembourg-Gasperich (Editions Saint-Paul) 1994, 549 S. (Histoire Contemporaine du Luxembourg, 13).

Die Geschichte Luxemburgs seit 1815 ist ein höchst wechselvoller, aber bemerkenswert friedlicher Prozeß des »nation building« und der Staatswerdung. Calmes, von 1952 bis 1972 Generalsekretär des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft für Kohle

und Stahl und dann des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften, kommt das Verdienst zu, die Entwicklung dieses ungewöhnlichen Staatsgebildes und seiner nationalen Identität in einer umfassenden Synthese vorgestellt zu haben. In sie sind zahlreiche Vorarbeiten der mehrbändigen politischen Geschichte Luxemburgs eingeflossen, die bereits sein Vater Albert Calmes begonnen hatte. Unterstützt wurde Christian Calmes von Danielle Bossaert, der die letzten Kapitel über die Zeit nach 1945 zu verdanken sind.

Die gut lesbare Darstellung – keineswegs eine Abfolge von Ruhmesblättern, wie die Autoren betonen –, gliedert sich in 20 meist gleichgewichtige Kapitel. Dabei wird der Zeitraum von 1815 bis 1950 chronologisch als Ereignisgeschichte dargestellt, vertieft durch Rückblicke auf die Bereiche Wirtschaft, Kultur, Verfassungen, Dynastie, Militär und Kirche. Am Schluß der Kapitel wird die Frage beantwortet, inwieweit die jeweils dargestellten Vorgänge zur Entwicklung der Eigenstaatlichkeit beziehungsweise einer luxemburgischen Identität beigetragen haben (*«effets sur la formation de la communauté luxembourgeoise»*).

Die Entscheidung des Wiener Kongresses von 1814/15, Luxemburg als administrative Einheit wiederherzustellen, war ein internationaler Willensakt und beruhte auf rein militärischen Erwägungen (nicht auf territorialer Kompensation). Die doppelte Abhängigkeit – in administrativer Hinsicht von der niederländischen Krone und in militärischer Hinsicht vom Deutschen Bund beziehungsweise von Preußen mit seinem Garnisonsrecht in der Festung Luxemburg – war nicht geeignet, ein spezifisch luxemburgisches Gemeinwesen entstehen zu lassen.

Es war ein immer wieder von belgischen und französischen Annexionswünschen und von deutschen Interventionen bedrohter Weg, der Luxemburg über eine schrittweise größere Autonomie zur völligen Selbständigkeit führte, auf Grund derer es heute auf der europäischen Ebene eine Position behauptet, die weit über seine geographischen und demographischen Vorgaben hinausreicht. Die Aufgabe des Garnisonsrechts durch Preußen 1867 und das dem Großherzogtum zugewiesene Statut der Neutralität führten zur militärischen Trennung von Deutschland. Die Jahre 1918/19 beendeten die wirtschaftliche Abhängigkeit vom östlichen Nachbarn, die bis dahin in der Zugehörigkeit Luxemburgs zum Zollverein seit 1842 und in der deutschen Verwaltung der Eisenbahnen seit 1872 bestanden hatte. In der Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1939 löste sich Luxemburg schließlich auch kulturell und politisch von Deutschland. Die »Machtergreifung« von 1933 und die Schrecken des deutschen Besatzungsregimes von 1940 bis 1945 hatten eine jahrzehntelange Abwendung Luxemburgs vom östlichen Nachbarn zur Folge, ohne daß jedoch der Gebrauch der deutschen Sprache merklich zurückging.

Wie sehr die Mehrsprachigkeit des Landes eine politische Entscheidung und zugleich Teil der nationalen Identität war und ist, durchzieht wie ein roter Faden die hier anzuzeigende Darstellung. Als 1839 der größere französischsprachige Teil Luxemburgs an Belgien fiel und das Großherzogtum auf den moselfränkischen Dialektbereich reduzierte, wurde das Land – von der gesprochenen Sprache – Lëtzebuergesch – her gesehen – monolingual und monoglossisch. Trotzdem blieb Französisch eine der beiden Amtssprachen, ja, Französisch wurde 1843 neben Deutsch als Unterrichtssprache in den Schulen obligatorisch, eine für ein Territorium des deutschen Sprachraums einzigartige Situation.

Im Rückblick erweist sich die Entscheidung der 1840er Jahre zugunsten von zwei Amts- und Unterrichtssprachen als deutlich folgenreicher für das Land als das Gesetz über den Gebrauch der Sprachen von 1984, das Lëtzebuergesch zur Nationalsprache erklärt. Die luxemburgische Sprachenpolitik hat sozusagen zwei Gesichter: ein nach außen gewandtes, das seit 1843 die Position Luxemburgs auf der europäischen Ebene bekräftigt, und ein nach innen gewandtes Gesicht, das seit 1984 das Luxemburgische an sein Territorium bindet. Gemeinsam war und ist beiden Regelungen die Absicht, sich vom großen östlichen Nachbarn abzugrenzen.

Gut aufzufinden sind diese und andere Informationen mit Hilfe des Personen- und des Sachregisters, letzteres in Schlüsselbegriffe, Haupt- und Nebenschlagwörter gegliedert. Damit liegt ein verlässliches Nachschlagewerk von hoher Informationsdichte vor, dem – ebenso wie der deutschen Fassung vom selben Jahr – ein weiter Benutzerkreis zu wünschen ist.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Bernard VOGLER, *Histoire politique de l'Alsace. De la Révolution à nos jours, un panorama des passions alsaciennes*, Strasbourg (La Nuée Bleue) 1995, 431 S. (La bibliothèque Alsacienne).

Nach seiner 1993 von der Académie française und der Académie des sciences morales et politiques ausgezeichneten »Histoire culturelle de l'Alsace« präsentiert der als »Directeur de l'Institut d'histoire d'Alsace« an der Universität Strasbourg wirkende und bereits durch zahlreiche einschlägige regionalgeschichtliche Publikationen hervorgetretene Autor eine geschickt arrangierte, lokale, regionale und nationale Perspektiven ebenso wie politisch-administrative, ökonomische und religiöse Strukturen verzahnende und durch nuanciertes Urteil überzeugende Überblicksdarstellung zur politischen Geschichte des Elsaß von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. In den zehn Einzelkapiteln, die den zehn politischen Systemen zwischen 1789 und 1995 entsprechen, markieren jeweils die administrative Struktur, das Wahlverhalten, das Wirken der elsässischen Parlamentarier, der Conseils généraux und der Maires, die Bedeutung der Konfessionen im politischen Kontext, das Verhältnis von Politik und Wirtschaft sowie die Position des Elsaß gegenüber der Pariser Zentrale und dem deutschen Nachbarn die zentralen Gliederungs- und Orientierungspunkte der Studie.

Dabei wird zunächst unter anderem gezeigt, wie sich die zuvor territorial zersplitterte Region in den 1789 einsetzenden revolutionären Umbruchprozeß und nach Frankreich integrierte. Während beispielsweise die Frage der Zivilkonstitution des Klerus das katholische Milieu spaltete, begrüßte die protestantische Führungsschicht die Ideen von 1789 und profitierte auch ökonomisch von den folgenden Transformationsprozessen: »Les nombreux bénéficiaires de la Révolution – les protestants, les milieux économiques, hommes d'affaires, industriels, fournisseurs des armées et acquéreurs de biens nationaux – constituent une nouvelle bourgeoisie désormais favorable à la France«, die sich als »citoyens français de langue allemande« fühlten. Nachdem sich in napoleonischer Zeit administrativ, ökonomisch und psychologisch die Integration des Elsaß nach Frankreich beschleunigt hatte, markierte der Beginn der Restaurationsepoche mit Besatzung, Épuration und Hungerkrise 1816/17 einen gewissen politischen Bruch, zumal der größte Teil des politischen Personals in den Reihen der *opposition parlementaire* zu finden war und dann auch keineswegs überraschend die Protestanten den Sturz der Bourbonen begrüßten. Während der Julimonarchie wich die anfängliche Begeisterung bald einer von einer neuen Generation von Advokaten und Intellektuellen überwiegend Straßburger und protestantischer Provenienz getragenen Opposition, wobei sich ein fortdauernder, signifikanter Unterschied zwischen den drei politisch fortschrittlichen Städten und dem konservativen Umland herausbildete und die Elsaß-Metropole Straßburg zwischen 1820 und 1840 die Funktion einer »capitale spirituelle de l'espérance libérale européenne« und einer kulturellen Brücke zum deutschen Nachbarn übernahm.

Nach der bemerkenswerten ökonomischen Prosperität des Second Empire begann mit dem Frankfurter Frieden 1871 das »Reichsland«-Kapitel der elsässischen Geschichte. Nach dem Friedensschluß zogen sich nicht nur etliche Politiker und Maires zurück, um nicht auf den Kaiser schwören zu müssen, sondern es optierten auch mehr als 50 000 Elsässer für Frankreich, emigrierten und trugen damit zu einem Substanzverlust für das kulturelle und